Haushaltseinbringung 2017

Rede der Bürgermeisterin in der Ratssitzung am 27.10.2016

Sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates und der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren,

als ich Ihnen vor rund einem Jahr den Haushaltsplan 2016 vorgelegt hatte, war ich mit vorsichtigem Optimismus davon ausgegangen, dass es gelingen würde, für das Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushaltsplan einbringen zu können.

Was ich im letzten Jahr noch nicht als möglich erahnt hatte, war, dass ich Ihnen bereits für das Jahr 2017 einen Haushaltsentwurf vorlegen kann, der nicht nur ausgeglichen, sondern mit rund 71.000 € einen - zugegeben minimalen - Überschuss ausweist. Im Vergleich dazu: Der Haushaltsplan des laufenden Jahres sah in seiner Prognose für 2017 noch ein Defizit von rd. 1,8 Mio. € vor. Damit stehen wir bestens dar – nur 18 von 396 NRW-Kommunen schafften Ende letzten Jahres den Ausgleich. Somit können wir alle stolz auf das gemeinsam Erreichte sein. Die kommenden Jahre sehen jetzt ansteigende Überschüsse des Haushaltes vor.

Parallel zur Entwicklung des Ergebnisplans stellt sich auch die Kreditaufnahme besser als erwartet dar. Während es im verabschiedeten Haushalt 2016 noch zu einer Nettokreditaufnahme - jedenfalls planerisch - kam, liegt die Kreditaufnahme im Jahr 2017 bei rund 1,85 Mio. € bei einer gleichzeitigen Tilgung in Höhe von 4,8 Mio. €.

Rund 3 Mio. € werden an langfristigen Verbindlichkeiten abgebaut; ein Wert, den wir in den Jahren 2018 – 2020 mit rund 14 Mio. € Kredittilgung weiter steigern wollen.

Der Verwaltungsentwurf sieht keine Steuererhöhungen vor; die Grundsteuer B bleibt mit einem Hebesatz von 440% im 7. Jahr, die Grundsteuer A im 6., die Gewerbesteuer im 4. Jahr mit einem Hebesatz von 450% stabil.

Auch die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen ändern sich nur marginal – unverändert bleiben die Niederschlagswassergebühren, die Schmutzwassergebühren steigen um nur knapp 2%, die Gebühren für die Straßenreinigung bleiben stabil bzw. sinken sogar. Die Abfallbeseitigungsgebühren werden aufgrund der Neuausschreibung der Abfallsammlung am Beispiel einer 80 Liter-Tonne um 1,50 €/mtl. ansteigen.

Um Ihnen die Beratung des 731 Seiten starken Haushaltsentwurfes zu erleichtern, haben wir zu Ihrer Orientierung alle Gebühren- und Beiträge mit den Veränderungen auf den S. 41 ff. aufgelistet.

In einem positiven Umfeld des Jahres 2016 entwickelt sich die Gewerbesteuer, die 2. größte Einnahmequelle der Stadt, bedauerlicherweise negativ; bei einzelnen Unternehmen waren Abgänge im 6 – 7-stelligen Bereich zu verzeichnen, so dass wir auch in 2017 mit reduzierten Einnahmen rechnen. Der verwaltungsseitig aufgenommene Ansatz bleibt deshalb mit 28,2 Mio € deutlich hinter dem Ansatz 2016 zurück.

Die Abundanzabgabe ist nach der aktuellen Rechtsprechung mit über 1,1 Mio. € eingeplant; wir werden sehen, ob sie auch vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird. Der Verfassungsgerichtshof hatte bekanntermaßen negativ für die klagenden Gemeinden entschieden, dabei aber die grundgesetzlichen Vorschriften nur am Rande erwähnt.

Bei der letzten Haushaltseinbringung, meine Damen und Herren, hatte ich die geplante Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage thematisiert und mich, wie meine Bürgermeisterkollegen, gegen einen Doppelhaushalt des Kreises ausgesprochen. Auch die Regierungspräsidentin schreibt zum Doppelhaushalt 2016/2017 des Kreises, und ich zitiere: „Es ist allerdings auch nicht zu verkennen, dass Einzelhaushalte ein höheres Maß an Planungssicherheit für die kreisangehörigen Kommunen bieten. So zeichnen sich für das zweite Planjahr, d.h. für 2017, bereits jetzt Veränderungen ab, die unter anderem bei den Schlüsselzuweisungen deutlich werden.“

Durch erhöhte Schlüsselzuweisungen - immerhin voraussichtlich 18 Mio € - und einer Minderausgabe bei der Landschaftsumlage ergibt sich für den Kreishaushalt 2017 unter Berücksichtigung der niedrigeren Umlagegrundlagen eine Verbesserung um rd. 10 Mio €.

Es ist für mich selbstverständlich, dass diese den selbst berechneten Finanzierungsbedarf des Kreises übersteigende Verbesserung an die kreisangehörigen Kommunen weitergegeben wird.

Dies gilt um so mehr, als die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft ab 2017 auf 33,8% steigen wird. Wie meine Bürgermeisterkollegen habe ich deshalb die Kreisumlage niedriger, und zwar mit 26,5 Mio € eingeplant.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und uns intensiv mit den Fragen nach dem Wünschenswerten, dem Machbaren und dem Finanzierbaren auseinandergesetzt. Das muss auch der Kreis tun und darauf weist auch die Regierungspräsidentin hin.: „Stattdessen“, so schreibt sie „ist eine weitere Forderung aus dem kreisangehörigen Bereich nachvollziehbar, nämlich die Untersuchung weiterer Verbesserungs- und Konsolidierungsmöglichkeiten beim Rhein-Kreis-Neuss selbst.“

Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass Konsolidierung nichts ist, was zu allgemeiner Freude beiträgt, aber sie ist notwendig.

Die Zuwanderung von Flüchtlingen, die untergebracht und betreut werden müssen, wird uns auch im kommenden Haushaltsjahr beschäftigen. Sowohl durch zusätzliche Mitarbeiter für die Verwaltung als auch durch eine erweiterte Beauftragung der für uns tätigen Wohlfahrtsverbände ist den steigenden Anzahl Rechnung getragen worden.

Weiterer 200 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften entstehen Am Eisenbrand – die Neubauten erfordern immerhin ein Investitionsvolumen von 3,3 Mio €. Im Bau befinden sich ebenfalls die Gebäude an der Moerser Str. durch den Bauverein und Rottstr. durch die GWG, welche die Stadt

nach Fertigstellung als Flüchtlingswohnheime anmieten wird.

Im Haushaltsentwurf haben wir zusätzlich zu 2 Mio €, die wir aus dem Haushalt 2016 übertragen wollen, weitere rd. 3,3 Mio € für den Bau von 24 Reihenhäusern zur Flüchtlingsunterbringung eingeplant. Aufgrund des Rückgangs der kommunalen Zuweisungen auf der einen Seite und dem beabsichtigten Neubau von Sozialwohnungen auf der anderen Seite hoffe ich, dass diese Mittel nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Auch wenn die Refinanzierung der kommunalen Aufwände durch Bund und Land verbessert wurde, sage ich an die Adresse der staatlichen Ebenen: Hier fehlt es nach wie vor an einer auskömmlichen Finanzierung. Auf der S. 27 des Haushaltsplanentwurfs haben wir unabhängig von den haushaltsrechtlichen Produkten zusammengefasst, wie sich die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung und deren Refinanzierung darstellen – Ergebnis ist eine Belastung von 670.000 €.

Große Sorge bereitet mir die Kostenerstattungspraxis für die Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in der Tabelle auf S. 27 nicht erfasst sind. In der Einnahme und Ausgabe sind im laufenden Haushalt des Jugendamtes und auch für 2017 jeweils 1 Mio € eingeplant. Tatsächlich haben wir aktuell für 31 UMA 1,4 Mio € verausgabt - prognostisch gehen wir von 1,8 Mio € aus, auf der Erlösseite konnten wir dagegen bisher 5.000 € verbuchen. Die bisherige Kostenerstattungspraxis zwischen Jugendamt und LVR bzw. Bundesverwaltungsamt sind in-

akzeptabel und ich erwarte vom Bund und vom Land eine schnelle Änderung des bisherigen Verfahrens.

Die Bereiche Bildung, Kinder, Jugend und Familienhilfe haben im städtischen Haushalt wie schon in den Vorjahren Priorität. Die Schule ist für unsere Kinder und Jugendlichen für ihr weiteres Leben ein prägender Ort. Durch den Umbau des bisherigen Verwaltungsgebäudes am Dr. Franz-Schütz-Platz und durch den Erwerb eines Mobilbaus wollen wir die Betreuungssituation in der OGS jetzt auch an den 3 Büdericher Grundschulen verbessern. Mittel über den Schüleransatz hinaus sollen die Modernisierung von pädagogischem Material und Ersatzbeschaffungen der Klasseneinrichtungen, im städt. Meerbusch-Gymnasium die Erneuerung der Physiksammlung ermöglichen.

Die Verbesserung des Betreuungsangebotes an den Kitas schreitet fort; mit der Fertigstellung des Neubaus der Kindertagesstätte am Wienenweg sind seit 2010 insgesamt allein 6 Kindergartenneubauten in Meerbusch entstanden, alle übrigen Kitas wurden ausgebaut. Dadurch wurde nicht nur das Platzangebot in der Tagesbetreuung deutlich ausgeweitet, sondern durch erweiterte Räumlichkeiten auch dem Bedarf an qualifizierter Betreuung Rechnung getragen. Insgesamt stehen rd. 1.800 Plätze in Kitas und 200 Plätze in der Tagespflege zur Verfügung. Gegenüber dem Ist-Ergebnis 2015 steigen die steuerfinanzierten Aufwände um 1 Mio €. Insgesamt sieht der Entwurf in diesem Bereich ein Aufwandsvolumen von rd. 18,7 Mio € vor.

Seit Februar wird das städt. Hallenbad saniert. Voraussichtlich im Sommer des nächsten Jahres wird den Meerbuschern ein energetisch optimiertes, rundum attraktives Bad mit mehr Aufenthaltsqualität sowie einem guten Gesund-

heits- und Fitnessangebot zur Verfügung stehen. Insgesamt 7 Mio € sind für diese Maßnahme eingeplant, 1,9 Mio in 2017.

Aber auch für die Unterhaltung unserer sonstigen Gebäude, was sowohl die laufenden Arbeiten als auch die einmaligen großen Arbeiten angeht, haben wir in diesem Jahr 3,5 Mio. € vorgesehen. Mit diesen Beträgen möchten wir dafür sorgen, dass das Infrastrukturvermögen erhalten bleibt.

Den Brandschutz sichert der Brandschutzbedarfsplan, der bis 2020 beschlossen ist. Der Ausbau des Feuerwehrgerätehaus in Lank ist in der Planung und wird 2017 erfolgen, die Ausschreibungen für den Ausbau des Gerätehaus des Löschzuges Büberich laufen; aller Voraussicht nach werden die eingeplanten Mittel von 830.000 € nicht ausreichend sein, die Maßnahme zu finanzieren. Weitere Mittel sind für ein MTF und die Umrüstung auf digitale Funkgeräte der Feuerwehrleute vorgesehen.

Gefühlt seit einer Ewigkeit hatten wir für die Verlängerung der Böhler Straße Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan vorgesehen. Nachdem wir in diesem Jahr 990.000 € im Haushalt veranschlagt hatten, werden es im nächsten Jahr 1,3 Mio. € und im übernächsten Jahr 1,0 Mio. € sein. Sie alle kennen die Bedeutung dieses Projekts; ich bin froh, dass wir dieses Thema bald von unserer Agenda abhaken können.

Ebenfalls ein Projekt, was schon seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht, ist die Bahnunterführung Meerbusch Osterath. Für das kommende Haushaltsjahr sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5,3 Mio. € vorgesehen, damit die entsprechenden Verträge geschlossen werden können.

Mit dem in Arbeit befindlichen integrierten Stadtentwicklungskonzept wollen wir die Entwicklung unserer Stadt in den nächsten 20 Jahren nachhaltig gestalten. Ergänzend zum Stadtentwicklungskonzept haben wir Mittel für ein Freiflächenentwicklungskonzept, ein Lärmminderungskonzept und einen Sportstättenbedarfsplan eingeplant. Für die qualitätvolle Entwicklung künftiger Wohngebiete sind Mittel für Wettbewerbe vorgesehen. Unsere Auszeichnung als fahrradfreundliche Stadt sehen wir als Verpflichtung, stärker als in der Vergangenheit in den Ausbau und die Sanierung unseres Radwegesnetzes zu investieren – auch hierfür sind Mittel in den Haushaltsentwurf aufgenommen.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen, ich lege Ihnen einen Haushaltsentwurf vor, der die Finanzierung der die Stadt voranbringenden notwendigen Projekte sicherstellt, der einen konsequenten Schuldenabbau beinhaltet und der im Ergebnisplan ausgeglichen ist.

Herr Stadtkämmerer Fiebig wird Ihnen nunmehr in gewohnter Art und Weise - seien Sie tapfer - das Zahlenwerk des Haushalts erläutern.

Ihnen wünsche ich gedeihliche und erfolgreiche Haushaltsplanberatungen zum Wohle unserer Stadt Meerbusch!